



DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

## **Die sichere Stadt**

von

*Antje Flade*

Dokument aus der

Internetdokumentation Deutscher Präventionstag

**[www.praeventionstag.de](http://www.praeventionstag.de)**

Hrsg. von

*Hans-Jürgen Kerner und Erich Marks*

im Auftrag der

Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe

(DVS)

---

Zur Zitation:

Flade, A. (2003): Die sichere Stadt. In: Kerner, H.-J.; Marks, E. (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag. Hannover.

[http://www.praeventionstag.de/content/2\\_praev/doku/flade/index\\_2\\_flade.html](http://www.praeventionstag.de/content/2_praev/doku/flade/index_2_flade.html)

## Die sichere Stadt

Antje Flade

### Abstract

In der sicheren Stadt sind kriminelle Taten und Unsicherheitsgefühle im öffentlichen Raum seltene Ereignisse. Von den Erfahrungen mit den Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre in Westdeutschland ausgehend, war die Hypothese, dass die ostdeutschen Großsiedlungen unsichere Stadtteile sind. Drei Großsiedlungen in den neuen Bundesländern wurden im Hinblick auf die objektive und subjektive Sicherheit untersucht. In zwei der drei Siedlungen erwiesen sich die Kriminalitätsraten, am Niveau der Gesamtstadt gemessen, eher als unterdurchschnittlich. Auch eine ausgeprägtere Kriminalitätsfurcht war nicht festzustellen abgesehen davon, dass in allen drei Siedlungen einige Orte als unsicher erlebt werden. Ein zentrales Ergebnis war, dass in zwei Siedlungen 40 bis 50 % der Bevölkerung wegziehen möchten. Der häufige Umzugswunsch wird nicht in erster Linie durch eine mangelnde objektive und subjektive Sicherheit der Siedlungen bedingt. Er deutet jedoch auf eine mögliche negative Entwicklung dieser Siedlungen hin, der es vorzubeugen gilt. Ein 3-teiliges Präventionskonzept zur Verhinderung einer solchen Entwicklung wird vorgestellt.

### 1 Einleitung

Die sichere Stadt ist ein idealtypischer Gegenentwurf zur wirklichen Stadt, in der sich ein mehr oder weniger großer Teil der Bevölkerung zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten unsicher fühlt und in der mehr oder weniger Straftaten verübt werden. Es verwundert nicht, dass die Herstellung bzw. Garantie der öffentlichen Sicherheit hohe Priorität hat, denn das Bedürfnis nach Sicherheit gehört zu den existentiellen Grundbedürfnissen (vgl. Flade 1987). Das Handlungsfeld hat sich wesentlich erweitert, seit das Augenmerk nicht mehr nur auf die Kriminalität, sondern auch auf die Kriminalitätsfurcht gerichtet wurde (vgl. Boers, 1991). Kriminalitätsfurcht schließt alle potentiellen Taten ein: Es könnte etwas geschehen, man könnte Opfer werden, ausgeraubt, verletzt oder bedroht werden. Nur vergleichsweise selten tritt ein solches befürchtetes Ereignis ein, was die Diskrepanz zwischen objektiver und subjektiver Sicherheit zum Teil erklärt ( ein weiterer Grund für diese Diskrepanz ist, dass auf subjektive Unsicherheit mit Vermeidungsverhalten reagiert wird). Wenn die sichere Stadt den Anspruch hat, nicht nur die Zahl der Straftaten, sondern auch die subjektive Unsicherheit zu vermindern, muss sie sich mit dieser erweiterten Perspektive auseinandersetzen.

Ein zentrales Konzept im Kontext der subjektiven Unsicherheit ist die wahrgenommene Verhaltenskontrolle im Sinne von „Eine-Sache-im-Griff-haben“. Mangelnde Kontrolle löst Unsicherheit aus. Darüber hinaus kann ein fehlendes Refugium (vgl. Loewen et al., 1993) zu Gefühlen der Hilflosigkeit, Resignation und Furcht führen. Sichtbare Zeichen von "disorder" (vgl. Skogan, 1990), wie herumliegender Müll, Gruppen Jugendlicher an den Straßenecken, die Passanten anpöbeln usw., werden z.B. als Kontrollverlust erlebt. Andererseits sind aktive Bewältigungsversuche möglich, um erneut Kontrolle über die Situation zu erlangen (vgl. Fischer und Stephan, 1990). Ein solcher aktiver Bewältigungsversuch ist letztlich auch der Wegzug aus einem Wohngebiet, das als unsicher und "unkontrollierbar" erlebt wird.

Das Gefühl mangender Kontrolle angesichts von „disorder“ löst zusätzlich Angst aus, weil offenkundig auch die Kommune (als übergreifendes Refugium) nicht in der Lage ist, die Erscheinungen von „disorder“ zu verhindern.

## 2 Zum Forschungsprojekt „Die sichere Stadt“

Untersuchter Gebietstyp waren ostdeutsche Großsiedlungen. In den neuen Bundesländern hatten Großsiedlungen eine viel größere wohnungspolitische und wohnungswirtschaftliche Bedeutung als im Westen: In Deutschland gab es zum Zeitpunkt der Untersuchung (1994/95) rund 1,6 Millionen Wohnungen in großen Siedlungen, d.h. solchen mit 2 500 und mehr Wohnungen; dies entspricht einem bundesweiten Anteil von ungefähr 5 % an allen Wohnungen. In Ostdeutschland war der Anteil weitaus höher: Im Osten lebte fast jede vierte Person in einer Siedlung mit 2 500 und mehr Wohnungen, im Westen knapp jede 60ste. Der Unterschied stellt sich noch krasser dar, wenn nur die größeren Großsiedlungen mit mehr als 10 000 Wohnungen einander gegenübergestellt werden. In Westdeutschland lag der in solchen Großsiedlungen wohnende Bevölkerungsanteil bei nur 0,4 %, in Ostdeutschland bei 12 % (vgl. Deutscher Bundestag, 1994).

Der Anlass für ein Forschungsprojekts, das sich mit der Sicherheit in ostdeutschen Großsiedlungen befasst, war die Befürchtung, dass die Attraktivität, die die Großsiedlungen in der ehemaligen DDR besaßen, zunehmend sinkt und dass insbesondere einkommensstärkere Bevölkerungsschichten diese Siedlungen verlassen, um in das neugebaute Eigenheim oder in den modernisierten Altbaubestand zu ziehen. Der Bauboom in den neuen Bundesländern und die Flächenausweisungen für Wohnungsneubau, eine zunehmende Einkommensdifferenzierung und sich vergrößernde Vermögensdisparitäten wurden als Hinweise gesehen, dass diese Befürchtungen begründet waren.

Obwohl die Plattenbausiedlungen zu DDR-Zeiten bevorzugte Wohngebiete waren, sind sie nach der Wende als "anonyme, unmenschliche und maßstabslose Gewaltherde" in Verruf geraten (vgl. Göschel, 1994). Unterstellt wurde damit, dass die Kriminalität in den ostdeutschen Großsiedlungen überdurchschnittlich hoch ist und deshalb Präventionskonzepte erforderlich sind, um den Kriminalitätsanstieg zu bremsen. Diese Hypothese wurde mit den vielfältigen Veränderungen infolge der Umbruchssituation nach der Wende begründet. So waren in den Großsiedlungen gemeinschaftliche Lebensformen etwa in Form von Hausgemeinschaften üblich gewesen (vgl. Ewald, 1993). Diese Gemeinschaftlichkeit wurde durch die Belegungspraxis gefördert. Weil die Wohnungen häufig betriebseigene Genossenschaftswohnungen waren, wohnten dort Betriebsangehörige, so dass die Nachbarn oftmals zugleich auch die Kollegen und Kolleginnen aus dem Betrieb waren.

Forschungsleitende Hypothesen waren:

Die ostdeutschen Großsiedlungen zeichnen sich dadurch aus,

- dass vergleichsweise viele Personen von dort wegziehen wollen und auch tatsächlich wegziehen,
- dass durch den Verlust der Gemeinschaftlichkeit auch die soziale Kontrolle verloren gegangen ist, die Gelegenheiten für die Begehung von Straftaten damit günstiger geworden sind, was einen Anstieg der Kriminalität zur Folge hat,
- dass Unsicherheitsgefühle und Kriminalitätsfurcht stark ausgeprägt sind,
- dass ein hohes Ausmaß an „disorder“ zu beobachten ist.

Mit dem Forschungsprojekt "Die sichere Stadt" wurde Ende 1994 begonnen (vgl. Flade et al., 1995).

### 3 Methodisches Vorgehen

Drei Großsiedlungen, eine in Sachsen, eine in Thüringen und eine in Ost-Berlin, wurden als exemplarisch für ostdeutsche Großsiedlungen ausgewählt. Sie repräsentieren typische Plattenbausiedlungen, die im Zeitraum von 1977 bis 1989 gebaut wurden:

- Dresden-Gorbitz in Sachsen ist eine große Siedlung mit rund 33 000 Einwohnern und einem überproportional hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen an der Wohnbevölkerung am westlichen Rand von Dresden.
- Erfurt-Herrenberg in Thüringen ist eine mittelgroße Siedlung mit rund 15 000 Einwohnern mit einer Altersstruktur wie in der Gesamtstadt im bevorzugten südlichen Teil von Erfurt.

- Das Gebiet Greifswalder Straße in Ost-Berlin ist eine relativ kleine Siedlung mit rund 8 000 Einwohnern und einem überproportional hohen Anteil älterer Menschen an der Wohnbevölkerung inmitten des dichtbesiedelten Bezirks Prenzlauer Berg.

Die drei Siedlungen variieren folglich im Hinblick auf ihre Größe, Altersstruktur und Lage.

Die Daten zur Überprüfung der Hypothesen wurden mit Hilfe eines „multi-method“- Ansatzes gewonnen. Es wurden Interviews mit Experten aus Ämtern, Wohnungsunternehmen, Bürgerinitiativen usw. durchgeführt, vorhandene kommunale und polizeiliche Statistiken und Jugendgerichtshilfe-Statistiken ausgewertet, Ortsbegehungen fanden statt, Zeitungsberichte wurden analysiert und eine Befragung von Bewohnerinnen und Bewohnern durchgeführt.

Tabelle 1: Übersicht über Datenquellen und Aussagebereiche

Datenquellen	Aussagebereiche							
	objektive und subjektive Gebietsmerkmale	Umzüge	Umzugsabsichten	Kriminalität	Kriminalitätsfurcht	"disorder"	"Refugium"	Image
Kommunale Statistiken und Angaben	x							
Bewohnerbefragung	x		x		x	x	x	
Experteninterviews	x	x		x		x		x
polizeiliche Kriminalstatistik				x				
Jugendgerichtshilfestatistik				x				
Ortsbegehung	x					x		
Zeitungsberichte								x

Manche Daten waren nur lückenhaft verfügbar. Sowohl bei der polizeilichen Kriminalstatistik, die nur auf gesamtstädtischer oder auf Revier-Ebene vorlag, aber nicht für kleinere räumliche Einheiten wie den untersuchten Siedlungen, als auch bei der Jugendgerichtshilfestatistik gab es Lücken.

Bei der Bewohnerbefragung wurden den Interviewerinnen und Interviewer bestimmte Teilbereiche vorgegeben, um eine räumliche Streuung der Wohnstandorte der befragten Personen im Gebiet zu erreichen. Insgesamt 175 Personen ab 15 Jahren wurden anhand eines Fragebogens mündlich befragt, darunter 47 % Männer und 53 % Frauen.

Umzugsabsichten wurden mit der Frage erfasst: "Möchten Sie hier wohnen bleiben?"

Die Zahl der Umzüge bzw. das Ausmaß der Fluktuation wurde in den Experteninterviews mit den Wohnungsunternehmen ermittelt. Um Aussagen über die Kriminalität in den Siedlungen zu bekommen, waren Sonderauswertungen der polizeilichen Kriminalstatistik erforderlich. Um den Aufwand zu begrenzen, erfolgte eine Beschränkung auf ausgewählte Delikte. Weitere Aussagen zur Kriminalität im Gebiet lieferte die Jugendgerichtshilfestatistik.

Gefühle der Unsicherheit im öffentlichen Raum wurden in der Bewohnerbefragung anhand mehrerer Fragen erfasst. So wurde nach der subjektiven Sicherheit im Haus, im unmittelbaren Umfeld des Hauses und in der Siedlung gefragt. Die Beurteilung erfolgte zumeist auf 5-stufigen Skalen von "sehr sicher" (Skalenwert 1) bis "sehr unsicher" (Skalenwert 5). Gefragt wurde auch nach Orten, die Furcht hervorrufen.

Mit den Fragen: "Macht Ihre Wohnumgebung auf Sie einen eher gepflegten oder ungepflegten Eindruck?" und "Wird in dem Gebiet viel kaputt gemacht?" wurde die Wahrnehmung von "disorder" ermittelt. Experteninterviews und Ortsbegehungen ergänzten die Bewohneraussagen darüber.

Die nachbarschaftlichen Beziehungen mit dem Konzept der Nachbarschaft im Sinne eines Refugiums und die Verbundenheit mit dem Wohnumfeld wurden anhand der folgenden Fragen erfasst:

- Haben Sie Bekannte oder Verwandte hier in der Nähe?
- Kennen Sie die Leute, die in Ihrem Haus wohnen?
- Wie sind die nachbarschaftlichen Beziehungen im Haus und in der näheren Umgebung?
- (Unter Vorgabe bestimmter Bereiche im Wohnumfeld:) Stellen Sie sich vor, es läge hier eine leere Bierdose herum, würden Sie diese aufheben?

Aussagen über das Image der Gebiete lieferten die Experten-Interviews und die Auswertung der Tageszeitungen im Hinblick auf die Art der Berichterstattung über die Untersuchungsgebiete.

Die Datenerhebung begann im Dezember 1994 und dauerte bis März 1995.

#### 4 Ergebnisse

Nach Aussagen der Wohnungsunternehmen ist die Fluktuation in den Untersuchungsgebieten keinesfalls besonders hoch, sie entspricht vielmehr dem üblichen Ausmaß. Im Unterschied dazu ist jedoch die Umzugsbereitschaft stark ausgeprägt: Insgesamt ein Drittel der befragten Bewohnerinnen und Bewohner würde lieber wegziehen. Besonders hoch ist die Umzugsbereitschaft in den untersuchten Großsiedlungen in Dresden und Erfurt. Hier würden 40 % bzw. 50 % am liebsten wegziehen.

Die stark ausgeprägte Umzugsbereitschaft in den ostdeutschen Großsiedlungen gehörte zu den wichtigsten Ergebnissen der Untersuchung. Als bedeutender Prädiktor erwies sich dabei das Alter. Die unter 40jährigen sind signifikant häufiger umzugsbereit. Wenn die Umzugswünsche realisierbar wären, hätte das eine Entmischung der Altersgruppen zur Folge. Die Jüngeren würden wegziehen, die Älteren blieben zurück.

Die Prüfung, inwieweit die Kriminalitätsrate in den untersuchten Großsiedlungen tatsächlich überdurchschnittlich hoch ist, geschah durch Vergleich der Häufigkeitszahlen ausgewählter Delikte im Untersuchungsgebiet und in der Gesamtstadt. Die häufigsten Delikte sind mit ca. 70 % (in Westdeutschland ca. 60 %) Diebstahlsdelikte, vor allem Diebstahl von, in, aus und an Kfz sowie Ladendiebstahl. Außerordentlich selten wurden dagegen Wohnungseinbrüche und Raubüberfälle registriert.

Die Großsiedlung Dresden-Gorbitz erwies sich im Berichtsjahr 1994 in kriminogener Hinsicht als weniger auffällig als Dresden insgesamt, die Siedlung Greifswalder Straße wies dagegen 1993 höhere Häufigkeitszahlen auf als Berlin insgesamt. Der Diebstahl in/aus und von Kfz war zum Zeitpunkt der Untersuchung in Dresden und Berlin ein häufiges Delikt. Dies galt auch für die beiden untersuchten Großsiedlungen.

Tabelle 2: Häufigkeitszahlen ausgewählter Delikte in Dresden und Berlin

Deliktsart	Dresden*		Berlin**	
	Gorbitz	insgesamt	Greifswalder Straße	insgesamt
Diebstahl von Kfz	1243	1681	1835	833
Diebstahl in/aus Kfz	1158	2137	2855	2041
Diebstahl an Kfz	451	447	583	401
Ladendiebstahl	766	967	4993	1844
Wohnungseinbrüche	68	99	474	534
Raubüberfälle	3	73	243	211

\*) 1994    \*\*) 1993

Quelle: PKS und Sonderauswertungen

Die Hypothese von einer überdurchschnittlichen Kriminalitätsrate in den ostdeutschen Großsiedlungen ließ sich nur partiell bestätigen. Sie traf lediglich auf das Berliner Untersuchungsgebiet zu. Die hohe Kriminalitätsrate im Gebiet Greifswalder Straße wird von der dortigen Polizei mit der ausgeprägten Tätermobilität begründet. Ein großer Teil der Straftaten würde von auswärtigen Tätern begangen; die Täter hätten gute Fluchtmöglichkeiten: Ringsum gäbe es Hauptverkehrsstraßen und eine S-Bahn-Haltestelle. Das Gebiet Greifswalder Straße würde günstige Tatgelegenheiten für die Begehung von Kfz-Delikten und Ladendiebstahl bieten.

Aus den Jugendgerichtshilfedaten, die in Dresden und Erfurt zur Verfügung standen, ging hervor, dass in den betreffenden Großsiedlungen der Anteil der kriminellen Jugendlichen und Heranwachsenden an der Wohnbevölkerung bzw. der Anteil der von Jugendlichen und Heranwachsenden begangenen Straftaten im Vergleich zum entsprechenden Anteil in der Gesamtstadt nicht erhöht war.

Eine verbreitete Kriminalitätsfurcht war in keiner der drei Siedlungen zu finden. Innerhalb des Hauses fühlen sich nur 3 % der Bewohnerinnen und Bewohner unsicher. Für die weitaus meisten der Befragten ist das Haus ein funktionierendes Refugium. Geringfügig höher ist der Anteil der Verunsicherten im unmittelbaren Umkreis des Hauses, deutlich höher ist jedoch dieser Anteil im Wohngebiet insgesamt.



Tabelle 3: Anteil der Befragten, die sich im Haus, im Umfeld des Hauses und im Wohngebiet unsicher fühlen<sup>1</sup>, in Prozent

Räumlicher Bereich	Gorbitz	Herrenberg	Greifswalder Str.	Gebiete insgesamt
Haus	--	6	5	3
Umfeld	--	6	10	5
Wohngebiet	17	26	15	19

1) Skalenwerte 4 oder 5: "ziemlich unsicher" oder "sehr unsicher"

Quelle: IWU-Bewohnerbefragung 1995

Gründe für die Urteile "ziemlich unsicher" oder "sehr unsicher" waren:

- Anonymität im Gebiet
- Unübersichtlichkeit
- die unzureichende Beleuchtung
- die vermeintlich hohe Kriminalität
- die geringe Polizeipräsenz (die Polizei wäre nicht zur Stelle, wenn ein Notfall eintritt)
- die Jugendlichen, die in Gruppen auftreten und einen gewaltbereiten Eindruck machen würden.

In allen drei Siedlungen wurden Orte genannt, die insbesondere in den Zeiten der Dunkelheit als unsicher erlebt werden. Charakteristisch für diese "Angst"-Orte sind Unübersichtlichkeit, eine nicht ausreichende Beleuchtung in Zeiten der Dunkelheit, die Anwesenheit von Gruppen Jugendlicher, letzteres vor allem in Dresden-Gorbitz. In dieser Siedlung ist der Anteil an Kindern und Jugendlichen an der Wohnbevölkerung überproportional hoch.

„Angst-Orte“ sind meistens Orte, die nicht vermieden werden können, z. B. Wege, zu denen es keine alternativen Routen gibt wie die Zugangswege zu Läden oder Haltestellen. Es fehlt die soziale Kontrolle. Wegen der mangelnden Einsehbarkeit und der fehlenden Übersichtlichkeit kommt es zu einem Kontrollverlust. Als typischer "Angst"-Ort erwies sich z. B. eine Unterführung in der Nähe einer Jugendeinrichtung in Erfurt-Herrenberg, hinter der unmittelbar - nicht einsehbar -, die Straßenbahnhaltestelle liegt. Auch in Dresden-Gorbitz wurden auf die Frage nach unsicheren Orten im Gebiet an erster Stelle Unterführungen genannt.

An keinem der genannten "Angst"-Orte waren im vergangenen Jahr Straftaten wie z.B. Raubüberfälle passiert. "Angst"-Orte sind nicht mit aktuellen Tatorten gleich zu setzen, es sind potenzielle Tatorte, die genau aus diesem Grunde auch vermieden werden.

Zur Frage "Macht Ihre Wohnumgebung auf Sie einen eher gepflegten oder ungepflegten Eindruck?" waren die Ansichten geteilt: Von den 157 befragten Bewohnerinnen und Bewohnern, die sich dazu geäußert hatten, waren 79 der Meinung, dass es eher gepflegt aussieht, 78 meinten, dass es dort eher ungepflegt sei. Dieses konträre Meinungsbild wurde bei der Ortsbegehung verständlich: Es gab sowohl sehr gepflegte als auch ungepflegte, stark vermüllte Bereiche und Orte in den Siedlungen, so dass sich kein einheitliches Bild ergibt.

Die Antworten auf die Frage nach Zerstörungen und Vandalismus waren eindeutiger. Rund 80 % der Befragten fanden, dass in ihrer Siedlung häufig oder hin und wieder viel kaputt gemacht würde. Keine Person, die solche Zerstörungen als selten bezeichnet hat, fühlt sich im Wohngebiet unsicher, während diejenigen, die den Vandalismus im Gebiet als ein häufiges Phänomen ansehen, sich eher verunsichert fühlen. Vandalismus tritt vor allem in demolierten Briefkästen und zerstörten Scheiben an den Hauseingangstüren in Erscheinung. Die Bewohnerinnen und Bewohner meinten, dass vor allem Briefkästen, Haustüren, Eingangsbereiche und Klingelanlagen, Haltestellen, Telefonzellen und Grünanlagen häufiger beschädigt würden.

Nach Ansicht der Wohnungsunternehmen hält sich der Vandalismus in den Siedlungen in Grenzen.

Im Haus funktionieren sowohl die soziale als auch die territoriale Kontrolle (vgl. Kube, 1982). Die Leute im Haus sind 85 % der befragten Bewohnerinnen und Bewohner bekannt, 83 % würden fremde Personen im Haus auffallen. Man grüßt sich untereinander und redet miteinander und hilft sich gegenseitig. Ein Drittel der Hausbewohnerinnen und -bewohner besucht sich regelmäßig.

Dass im Bereich des Hauses eine territoriale Kontrolle vorhanden ist, zeigten die Antworten auf die „Bierdosefrage“. Das eigene Territorium, über das sich die Verantwortung erstreckt, stellt für die meisten Personen in allen drei Gebieten das Haus mit dem Eingangsbereich dar. Eine Bierdose vor der Wohnungstür oder auf der eigenen Etage würden fast alle aufheben; auch im Gebäude oder Eingangsbereich würde die Mehrheit sie wegräumen, wenige Meter vom Haus entfernt wäre es indessen nur noch rund ein Viertel.

Zusammenfassend waren, bezogen auf die eingangs aufgestellten Hypothesen, die Ergebnisse:

- Ein großer Teil der Wohnbevölkerung möchte aus den Großsiedlungen wegziehen. Dies gilt weniger ausgeprägt für die in Berlin untersuchte Siedlung.
- Die Kriminalitätsraten in den ostdeutschen Großsiedlungen sind nicht generell überproportional hoch.
- Die Kriminalitätsfurcht ist in keiner der drei Großsiedlungen auffallend hoch.

- Es gibt Teilbereiche mit viel "disorder".
- Das Haus stellt ein Refugium dar, in dem soziale und territoriale Kontrolle vorhanden sind.

Das markanteste Ergebnis war, dass viele Haushalte am liebsten aus den Siedlungen wegziehen würden. Man bleibt dort nur wohnen, weil die Mieten niedrig sind bzw. ein Eigenheim nicht finanzierbar ist. Mangelnde Sicherheit spielt im Hinblick auf den Wegzieh-Wunsch bisher noch eine untergeordnete Rolle. Dies kann sich durchaus ändern, wenn die Umzugsabsichten von denen, die es sich leisten können, realisiert werden und an die Stelle wegziehender mittelständischer Haushalte vermehrt Problemhaushalte in die Siedlungen einziehen.

Der Rahmen des Präventionsansatzes ist damit abgesteckt. Es gilt, negativen Entwicklungen in den Großsiedlungen vorzubeugen, die durch eine soziale Entmischung sehr wahrscheinlich ausgelöst würden. Die Umzugsmotivation muss verringert und die Bleibeabsicht gestärkt werden. Eine zentrale Rolle spielen dabei attraktive Angebote, die zum Bleiben motivieren. Dazu gehört auch eine attraktive Wohngebietsgestaltung, die den Eindruck stärkt, in einem schönen, nachgefragten Gebiet zu wohnen.

Die leitenden Gesichtspunkte sind:

- Gewährleistung des Sicherheitsgefühls in der Wohnbevölkerung,
- Verbesserung der Bedingungen für Kinder, Jugendliche und junge Familien, um diese zum Bleiben zu motivieren,
- Verringerung von Tatgelegenheiten, insbesondere für Delikte im Zusammenhang mit Kfz, die das Image einer hohen Kriminalitätsrate fördern.

## 5 Der Präventionsansatz

Der Präventionsansatz greift die leitenden Gesichtspunkte auf. Dementsprechend sind die Handlungsbereiche:

- Erhaltung bzw. Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Wohnbevölkerung
- Verbesserung der Bedingungen für Kinder und Jugendliche und junge Familien
- Verringerung von Tatgelegenheiten.

### *Stärkung des Sicherheitsgefühls*

Zum ersten Handlungsbereich gehören die Sicherung des Wohngebiets, d.h. die Beseitigung von Angst-Orten und „hot spots“, die sichere Führung notwendiger öffentlicher Wege, die Vermei-

dung von Belästigungen im öffentlichen Raum und von „disorder“ sowie die Erhöhung der sozialen und territorialen Kontrolle.

Ein wichtiges Prinzip der Wohngebietsgestaltung unter Sicherheitsaspekten ist die Schaffung von Zwischenzonen zwischen privatem und öffentlichem Bereich mit beschränktem Zugang für Fremde (vgl. Zimring, 1982; Taylor und Brower, 1985). Mietergärten sind nicht nur ein geeignetes Mittel zur Erhöhung der Verantwortlichkeit für das Wohnumfeld, sie sind zugleich auch private Bereiche, durch die soziale Kontrolle in den Außenraum hineingetragen wird. Notwendige Wege wie z. B. zu den Straßenbahn- oder Bushaltestellen sollten in allen Richtungen überschaubar sein, sie sollten geradlinig geführt und nicht mit sichtbehinderndem Gebüsch bepflanzt sein. Zu beachten ist hier, dass nicht alle öffentlichen Wege notwendige Wege sind, d. h. nicht überall muss in erster Linie auf Sicherheitsaspekte geachtet werden (an manchen Orten sind durchaus Anpflanzungen mit Büschen angebracht bzw. „erlaubt“).

Fußwege sollten grundsätzlich oberirdisch angelegt sein, da vor allem Unterführungen als unsicher erlebt werden.

Soziale und örtliche Bindungen der Wohnbevölkerung sind nicht nur ein Grund, nicht wegzuziehen, sie sind auch die Grundlage für die soziale Kontrolle seitens der Bewohnerinnen und Bewohner. Dies gilt nicht nur für Wohneigentümer, auch die Anonymität des Mietverhältnisses lässt sich zugunsten einer größeren Verantwortlichkeit reduzieren.

Bei der Planung baulicher Maßnahmen in den Gebäuden und im Wohnumfeld sollten die Bewohnerinnen und Bewohner einbezogen werden. Die einzelnen Haushalte sollten bei Umbaumaßnahmen im Gebäude individuell beraten werden. Anlässlich der Umgestaltung von Gebäudekomplexen oder Siedlungsabschnitten sollten Informationsveranstaltungen zu Fragen der Modernisierung und Instandsetzung durchgeführt werden, um die gemeinschaftliche Verantwortung hervorzuheben und nicht allein, um einen Interessenausgleich zu ermöglichen. Es kann so ein Bewusstsein dafür entstehen, dass sie selbst (die Bewohnerinnen und Bewohner) dazu beitragen können, dass ihr Wohngebiet objektiv und subjektiv sicherer wird.

Das Sicherheitsgefühl könnte beeinträchtigt werden, wenn es durch den Wegzug bestimmter Bevölkerungsgruppen zu einer sozialen Entmischung kommt. Die Aufrechterhaltung der in den ostdeutschen Großsiedlungen bestehenden sozialen Mischung ist deshalb ein wichtiges Ziel. Möglichkeiten sind in diesem Zusammenhang die Veräußerung eines Teils der Mietwohnungen als Eigentumswohnungen an die derzeitigen Mieterhaushalte. Durch unterschiedliche Standards der Modernisierung ließe sich eine stärkere Differenzierung des bisher einheitlichen Wohnungsbestandes erreichen, die den Ansprüchen und Möglichkeiten unterschiedlicher sozialer Gruppen gerecht würde.

### *Verbesserung der Bedingungen für Kinder, Jugendliche und junge Familien*

In den monofunktionalen Siedlungen fehlen häufig nicht nur Freizeitangebote, sondern es fehlt auch der Bezug zur Arbeitswelt. Beides trägt zur Ausgrenzung insbesondere von Jugendlichen bei. Hinzu kommt noch, dass Jugendliche im Übergang von der Kindheit zur Erwachsenenwelt Freiräume benötigen, in denen sie ihren eigenen Lebensstil, der von den Vorstellungen der Erwachsenen mehr oder weniger abweicht, realisieren können. Es ist seit langem bekannt, dass Kinder und Jugendliche ein Umfeld benötigen, das zur aktiven Auseinandersetzung und Umweltaneignung motiviert (vgl. Heckhausen, 1964). Einkaufszentren oder Straßenbahnhaltestellen mit Kiosken dienen Jugendlichen oftmals nicht zuletzt wegen mangelnder Alternativen als Treffpunkte. Ansammlungen von Jugendlichen an nicht vermeidbaren Wegen werden aber häufig als bedrohlich wahrgenommen. Erforderlich ist deshalb, vielfältige Orte zu schaffen, die als Treffpunkte für Jugendliche dienen können, ohne dass es zu Konflikten oder Unsicherheitsgefühlen kommt. Es können bauliche Ergänzungen auf freien Flächen innerhalb der Siedlung oder an deren Rändern sein.

Fast immer erforderlich ist in den Großsiedlungen die Verbesserung des Freizeitangebots für Kinder und Jugendliche. Die vorhandenen Freizeitangebote beschränkten sich zum Zeitpunkt der Untersuchung auf Sportplätze und einige wenige Jugendclubs. Ein erster Schritt, um das Angebot zu verbessern und auszubauen, könnte die Nutzung der schulischen Einrichtungen in der außerschulischen Zeit sein. Es können oder sollten sogar unfertige Räumlichkeiten wie z. B. Lagerräume oder Bauwagen sein, die die Jugendlichen selbst für ihre Zwecke fertig stellen. Auch Beschäftigungsprojekte sind wichtig, um die beruflichen Integrationschancen von Jugendlichen in den ostdeutschen Großsiedlungen zu verbessern (z. B. Beschäftigung mit Fahrzeugen verbunden mit der Möglichkeit der Qualifizierung zum Kfz-Schlosser).

Für gefährdete Kinder und Jugendliche aus problematischen Familienverhältnissen und mit Schulproblemen sind noch weitere gesonderte Maßnahmen erforderlich, um der Entwicklung „krimineller Karrieren“ vorzubeugen. Zu nennen ist hier insbesondere die mobile Jugendarbeit.

### *Verringerung von Tatgelegenheiten*

Maßnahmen zur Verringerung von Tatgelegenheiten können gleichzeitig auch zu einer Erhöhung der subjektiven Sicherheit beitragen. Hierzu sind die Maßnahmen zur Sicherung der Wohngebäude und „disorder“ vermeidenden Gestaltung des Wohngebiets zu rechnen, des Weiteren die Sicherung öffentlicher Wege und Plätze. Eine ausreichende Beleuchtung ist wichtig, ferner die Schaffung von Einrichtungen an öffentlichen Wegen zur Erhöhung der Belebtheit und schließlich auch die Installation von Notrufsäulen.

Diebstähle von und aus Kfz sind in den ostdeutschen Großsiedlungen relativ häufig, so dass die Sicherung abgestellter Fahrzeuge eine wesentliche Maßnahme darstellt, um Tatgelegenheiten zu verringern. Die Wahrscheinlichkeit von Diebstählen lässt sich dadurch verringern, dass die Kfz-Stellplätze von den Wegen und Straßen aus und in sich gut einsehbar sind, dass sie gut beleuchtet sind und sich keine Versteckmöglichkeiten durch Büsche und bauliche Anlagen bieten. Die den Wohnungen zugeordneten Stellplätze können einzeln durch Wegfahrsperrn, die Stellplatzanlage als Ganzes durch Schranken gesichert werden.

## 6 Umsetzung des Präventionskonzepts

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind Beispiele, wie einzelne Bausteine innerhalb eines mehrteiligen Präventionskonzepts aussehen können. Deren Tauglichkeit und Angemessenheit hängt von den jeweiligen örtlichen Bedingungen ab. Die praktische Umsetzung des Konzepts wird erleichtert, wenn es einen kommunalen Präventionsrat bzw. einen Präventionsbeauftragten gibt, der bei der Aufstellung des lokalen Präventionskonzepts mitwirkt und dessen Umsetzung voranbringt. Die dargestellten drei Handlungsebenen des Präventionskonzepts erfordern eine ressortübergreifende Kooperation von Polizei, kommunaler Verwaltung, Schulverwaltung, der Wohnungsunternehmen, der freien Träger und schließlich auch der Wohnbevölkerung.

## Literaturverzeichnis

Boers, K. (1991). Kriminalitätsfurcht. Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems. Pfaffenweiler: Centaurus.

Deutscher Bundestag (1994). Großsiedlungsbericht 1994, Unterrichtung durch die Bundesregierung. Drucksache 12/8406 vom 30.8.94.

Ewald, U. (1993). Kriminalitätsentwicklung und sozialer Wandel in den neuen Bundesländern. In G. Kaiser und J.-M. Jehle (Hrsg.), Politisch-gesellschaftlicher Umbruch, Kriminalität, Strafrechtspflege. Heidelberg: Kriminalistik Verlag.

Fischer, M. und Stephan, E. (1990). Kontrolle und Kontrollverlust. In L. Kruse et al. (Hrsg.), Ökologische Psychologie. München: Psychologie Verlags Union

Flade, A. (1987). Wohnen psychologisch betrachtet. Bern: Huber.

Flade, A., Greiff, R., Dauwe, E. und Guder, R. (1995). Die sichere Stadt. Endbericht zum Forschungsprojekt im Auftrag des BMBau. Darmstadt: Institut Wohnen und Umwelt (auch im BMBau erhältlich).

Göschel, A. (1994). Gewalt statt Diskurs. Reaktionen auf Vereinzelung, Abstiegsangst und verschärfte Konkurrenz. Bauwelt, Heft 24, 1334-1337.

Heckhausen, H. (1964). Entwurf einer Psychologie des Spielens. Psychologische Forschung, 27, 2225-243.

Kube, E. (1982). Städtebau, Wohnhausarchitektur und Kriminalität. Prävention statt Reaktion. Heidelberg: Kriminalistik Verlag.

Loewen, J. L. et al. (1993). Perceived safety from crime in the urban environment. Journal of Environmental Psychology, 13, 323-331.

Skogan, W. G. (1990). Disorder and decline. New York: The Free Press.

Taylor, R. B. und Brower, S. (1985). Home and near-home territories. In I. Altman und C. Werner (Hrsg.), Home environments. New York: Plenum.

Zimring, C. (1982). The built environment as a source of psychological stress: Impacts of buildings and cities on satisfaction and behavior. In G. W. Evans (Hrsg.), Environmental stress. Cambridge: Cambridge University Press.